

Eheverbot: Ob geheiratet wird, ist nicht nur eine Frage der Liebe, sondern auch des Gesetzes

«Wir nehmen den Heteros nichts weg»

Gleichgeschlechtliche Paare müssen sich in der Schweiz vorläufig mit der eingetragenen Partnerschaft zufriedengeben. Und die CVP will ihnen jetzt jede Hoffnung auf die Ehe nehmen.

■ Romina Loliva

Daniel Flachsmann will sagen dürfen: «Ja, ich will.» Sich verlieben, verloben, verheiraten. Das Glück verlieren, grandios scheitern, geschieden werden. Er will zum Altar schreiten, Reis und Tauben durch die Luft fliegen lassen und kitschige Bilder in ein Fotoalbum kleben. Er will sich streiten, Türen schliessen, Koffer packen und vor Gericht gehen. Er will Verantwortung tragen, Bett und Portemonnaie teilen, eine Familie gründen.

Er darf aber nicht. Daniel Flachsmann liebt einen Mann, und dafür hat das Gesetz keine Eheschliessung vorgesehen. Der 25-jährige Koch muss sich mit der eingetragenen Partnerschaft zufriedengeben, mit der Discounter-Ehe sozusagen. In der Schweiz können nur heterosexuelle Paare die Zivilehe eingehen, und geht es nach der CVP, wird es künftig auch so in der Verfassung stehen.

Am 28. Februar wird über die Abschaffung der «Heiratsstrafe» abgestimmt (siehe Seite 20): Bei der direkten Bundessteuer sind manche verheiratete Paare schlechter gestellt als unverheiratete, weil sie gemeinsam besteuert werden. Die Christdemokraten wollen diese Benachteiligung beseitigen. So weit, so gut.

Faktisches Eheverbot

Ihre Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» kommt sehr harmlos daher, gibt aber allen, die nicht nach dem traditionellen Mann-Frau-Gespann leben, eine saftige Ohrfeige. Durch die Hintertüre schreibt die CVP die Ehe als «die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau» in die Bundesverfassung hinein.

Das will Daniel Flachsmann nicht hinnehmen und setzt sich aktiv gegen die Initiative ein. «Die CVP präsentiert eine Mogelpackung und will Schwulen, Lesben und Transmenschen die Ehe verbieten. Das wäre ein grosser Rückschritt», sagt er. Flachsmann ist Co-Präsident des Schaffhauser Vereins «Queerdom», der



Daniel Flachsmann klärt die Leute auf der Strasse über die Tücken der CVP-Initiative auf: «Viele Leute reagieren positiv.»

Foto: Peter Pfister

sich für die Rechte der Homo- und Bisexuellen einsetzt und die kantonale Genkampagne führt.

Mit seinen Freunden aus dem Verein steht er regelmässig auf der Strasse, verteilt Flyer, macht Standaktionen und versorgt die Medien mit Informationen. Trotzdem ist das Echo eher klein. Die Unterstützung der Parteien hält sich auch in Grenzen: «Der 28. Februar ist mit Abstimmungen überladen. Die Durchsetzungsinitiative und die zweite Gotthardröhre geben viel mehr zu reden, kantonal wird über das Spital entschieden, unser Anliegen geht unter», meint er, der hauptsächlich auf den direkten Kontakt setzt.

Viele Leute reagieren positiv, erzählt er, aber es gibt auch jene, die sagen, dass sie ein Ja einwerfen werden, gerade weil so gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe verweigert werde. «Ich bleibe freund-

lich», erzählt er, die Wut im Bauch spüre er trotzdem: «Wir wollen den Heteros nichts wegnehmen. Es geht uns nur darum, gleiche Rechte zu haben.»

Die Frage der Besteuerung ist für Flachsmann zweitrangig: «Die Benachteiligung bei den Steuern betrifft nur rund zehn Prozent der Doppelverdiener-Paare mit sehr hohen Einkommen, und das auch nur bei der direkten Bundessteuer. Das Eheverbot betrifft aber alle gleichgeschlechtlichen Paare.»

Dass die CVP das Eheverbot für Homosexuelle mit tieferen Steuern verbindet und so Sympathien beim Stimmvolk sammelt, stört Flachsmann am meisten: «Die Definition der Ehe ist nicht nötig, um die steuerliche Benachteiligung abzuschaffen. Das ist politisches Kalkül. Dabei würde die Mehrheit der Paare nicht mal davon profitieren.»